



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

AGDF: Die nukleare Eskalation stoppen - Atomwaffen verbieten!

Bonn, 12. Februar 2026/dj

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Teil der Evangelischen Friedensarbeit, ruft vor der Münchner Sicherheitskonferenz dazu auf, die nukleare Eskalation zu stoppen und neue Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu starten.

Am 5. Februar 2026 sind die letzten Beschränkungen gefallen: Zum ersten Mal seit 1972 besteht zwischen den dominierenden Atommächten USA und Russland kein Vertrag zur Rüstungsbegrenzung und -kontrolle mehr. „Stattdessen droht ein neuer Wettlauf um noch tödlichere Nuklearwaffen und um Trägersysteme, die noch schwerer abzufangen sind, im All oder unter Wasser stationiert sind. Auch die sieben kleineren Atommächte, allen voran China, modernisieren ihre nuklearen Waffenarsenale“, mahnt Jochen Cornelius-Bundschuh, der AGDF-Vorsitzende.

Zugleich habe Russland durch seine Drohung, Atomwaffen im Krieg gegen die Ukraine einzusetzen, das nukleare Tabu aktiv zu untergraben, kritisiert die AGDF. Offen würden nun auch Militärs anderer Staaten über den Einsatz taktischer Nuklearwaffen auf dem Gefechtsfeld diskutieren und dabei die Schrecken und das Verwerfliche eines solchen Handelns klein reden, kritisiert der Friedensverband.

„Dies führt dazu, dass immer mehr Staaten über eigene Atomwaffen nachdenken, die sich nicht mehr durch die bisherige internationale Sicherheitsarchitektur geschützt sehen, so Japan, Südkorea, die Türkei, Polen, aber auch skandinavische Länder“, gibt Jochen Cornelius-Bundschuh zu bedenken. Nach Auskunft von Experten hätten gegenwärtig etwa 40 Staaten die technischen Möglichkeiten und auch das nukleare Material, eine Atombombe zu bauen. Es werde davon ausgegangen, dass es beim nächsten Treffen der Vertragsstaaten des Atomwaffensperrvertrags im Mai wieder nicht zu konkreten Ergebnissen komme. Dabei sei allen klar: „Je mehr Atomwaffen existieren und je mehr Staaten über Atomwaffen verfügen, umso größer ist die Gefahr eines mit Nuklearwaffen ausgetragenen Krieges“, betont der frühere badische Landesbischof.

Dieser Weg ins atomare Risiko werde gegenwärtig kaum öffentlich diskutiert, viel zu wenig gehört würden zivilgesellschaftliche Gruppen wie die Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) und die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die 2017 den Friedensnobelpreis erhielt und zu deren deutschen Partnerorganisationen auch die AGDF gehöre, betont der Friedensverband. Gerade Deutschland und Europa müssten aber ein Interesse daran haben, der nuklearen Eskalation entgegenzutreten.

Die AGDF fordere daher die politisch Verantwortlichen auf, dies auf der Münchner Sicherheitskonferenz deutlich zu formulieren: „Wir brauchen sofort eine strategische Pause, in der die Atommächte auf den Ausbau und die Modernisierung ihrer Arsenale verzichten und in Verhandlungen einsteigen. Die Zahl der Atommächte darf nicht steigen. Verlässliche und überprüfbare Begrenzung und Kontrolle der nuklearen Rüstung ist gefragt“, betont Jochen Cornelius-Bundschuh. Deutschland müsse endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben, damit er weiter an Dynamik gewinne und der „Druck von unten“ auf die Atommächte wachse. „Gerade bei Atomwaffen gilt: Sicherheit gibt es nur gemeinsam!“, so der AGDF-Vorsitzende.

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13, H 0172/70855 37